

Beschlussprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Freitag, 7. September 2001
Sondersession

Vorsitz: Standespräsident Rodolfo Plozza
 Protokollführer: Peter Gadiant
 Präsenz: anwesend 120 Mitglieder
 Stellvertretungen: Furrer Lucrezia, Felsberg für Feltscher Markus, Felsberg
 Zarn Martina, Landquart für Jeker Leo, Zizers
 Caviezel Gitta, Chur für Zinsli Lorenz, Chur
 Jenny Christian, Arosa für Butzerin Martin, Arosa
 Michel Hans Peter, Davos Monstein für Christ Vroni, Davos Dorf
 Brasser Christian, Chur für Suter Riccarda, Chur
 Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr

1. Aufhebung der strafrechtlichen Immunität von Regierungsrat Peter Aliesch

Sprecherin Justizkommission: Meyer Persili
 Regierungsvertreter: Regierungspräsidentin Widmer-Schlumpf, Regierungsräte Lardi, Engler, Huber, Aliesch

I. Eintreten Die Kommission beantragt einstimmig, auf die Vorlage einzutreten. Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

II. Detailberatung *Antrag Justizkommission:*
 1. Die strafrechtliche Immunität von Regierungsrat Peter Aliesch wegen passiver Bestechung gemäss alt Art. 315 StGB und Annahme von Geschenken gemäss alt Art. 316 StGB sei aufzuheben und damit die Ermächtigung zur Durchführung eines Strafverfahrens im Sinne von Art. 67 Abs. 2 StPO zu erteilen.
 2. Die Bezirksanwaltschaft III für den Kanton Zürich, Regierungsrat Peter Aliesch sowie die Staatsanwaltschaft Graubünden seien in diesem Sinne schriftlich zu orientieren.

III. Beschluss Den Anträgen gemäss Ziffern 1 und 2 wird mit jeweils 117 zu 0 Stimmen zugestimmt.

Schluss der Sitzung: 15:20 Uhr

Es ist folgender Vorstoss eingegangen:

P O S T U L A T

betreffend Zuweisung von Sachgebieten an die Departemente

Mit Beschluss vom 14. August 2001 hat die Regierung in Abweichung von Art. 25 Ziff. 2 lit. b der Geschäftsordnung der Regierung (GOR; BR 170.320) die Sachgebiete "Kantonspolizei" und "Fremdenpolizei" mit sofortiger Wirkung vom Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement auf das stellvertretende Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement übertragen (siehe Amtsblatt Nr. 33 vom 16.08.2001, S. 2690). Dieser Schritt erfolgte im Zusammenhang mit der von der Bezirksanwaltschaft III für den

Kanton Zürich und von der Justizkommission des Grossen Rates beantragten Aufhebung der Immunität von Regierungsrat Peter Aliesch, damit die Strafuntersuchung im sogenannten "Fall Papadakis" auf ihn ausgedehnt werden kann.

Durch die von Regierungsrat Peter Aliesch öffentlich bestätigten Sachverhalte im "Fall Papadakis" sowie durch seine Verhaltensweise nach Bekanntwerden der Geschenkkannahmen ist er nach Ansicht der Unterzeichnenden, unabhängig vom Ausgang des Strafverfahrens, als Magistratsperson politisch nicht mehr glaubwürdig. Überdies hat er auch das Ansehen der Regierung und des Kantons Graubünden stark in Mitleidenschaft gezogen. Für die Unterzeichnenden weist das Verhalten von Regierungsrat Aliesch eine politische Dimension auf, bei der es um mehr als die blosser Vermeidung von allfälligen Interessenkollisionen im Rahmen der Strafuntersuchung über möglicherweise strafrechtlich relevante Sachverhalte geht.

Ein Regierungsmittglied muss ein ausgesprochen hohes Mass an Verantwortungsbewusstsein, Integrität und Glaubwürdigkeit gewährleisten können. Vor diesem Hintergrund ist es nicht mehr möglich, dass Regierungsrat Peter Aliesch die Revision der Kantonsverfassung, bei der es um grundlegende Fragen des Staatsverständnisses und der Staatsstrukturen geht, im Grossen Rat und in der Öffentlichkeit vertreten kann. Auch für die Führung des gesellschaftspolitisch sensiblen Bereiches "Strafrecht, Strafverfolgung und –vollzug" insbesondere mit Bezug auf die Behandlung von Beschwerden, bei welchen das Ansehen des Entscheidungsträgers von grosser Bedeutung ist, mangelt es Regierungsrat Peter Aliesch an der notwendigen politischen Glaubwürdigkeit. Ob der Sanitätsbereich, der eine intensive Zusammenarbeit mit dem Bund und anderen Kantonen erfordert, weiterhin durch Regierungsrat Peter Aliesch vertreten werden kann, bleibt fraglich.

In dieser Ausnahmesituation sind zur Wahrung der politischen Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der kantonalen Organe wirksame Massnahmen zumindest in den Sachgebieten Justiz und Polizei vorzuziehen.

Deshalb ersuchen die Unterzeichnenden die Regierung aus oberwähnten wichtigen Gründen:

1. Zu prüfen, inwieweit mit sofortiger Wirkung und bis zum Ausscheiden von Regierungsrat Peter Aliesch aus der Regierung die Sachgebiete Justiz und Polizei unter gleichmässiger Aufteilung auf die anderen Departemente übertragen werden können.
2. Zu prüfen, inwieweit Regierungsrat Aliesch intern mit Sonderaufgaben betraut werden kann.
3. Vorliegendes Postulat in der Oktobersession 2001 zu behandeln.

Arquint, Vetsch, Suenderhauf, Casanova (Chur), Ambühl, Augustin, Bachmann, Bär, Barandun, Battaglia, Beck, Berther (Sedrun), Biancotti, Bischoff, Brasser, Brüesch, Brunold, Bucher, Bühler, Büsser, Cahannes, Capaul, Casanova (Vignogn), Cathomas, Catrina, Caviezel (Chur), Caviezel, (Pitasch), Cavigelli, Christoffel, Claus, Conrad, Crapp, Dalbert, Demarmels, Dermont, Donatsch, Frigg, Furrer, Geisseler, Giovannini, Göpfert, Gross, Hanimann, Hardegger, Hartmann, Heinz, Hess, Hübscher, Jäger, Joos, Juon, Kehl, Keller, Kessler, Lardi, Lemm, Locher, Loepfe, Looser, Luzi, Maissen, Märchy, Marti, Meyer, Michel, Möhr, Montalta, Nick, Nigg, Noi, Parolini, Parpan, Patt, Peretti, Pfenninger, Pfiffner, Pleisch, Portner, Ratti, Righetti, Rizzi, Robustelli, Roffler, Sax, Scharplatz, Schmid (Sedrun), Schmid (Splügen), Schmid (Vals), Schmutz, Schütz, Stiffler, Telli, Thomann, Thöny, Tramèr, Tremp, Trepp, Tscholl, Tuor (Disentis/Mustér), Tuor (Trun), Valsecchi, Walther, Wettstein, Zanolari, Zarn, Zarro, Zegg, Zindel

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Rodolfo Plozza

Der Protokollführer: Peter Gadiet